Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 247. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 20. Oktober 1928

Spiel ums Leben.

Jugend von heute. — Der Kampf um die Todesstrafe. Vom Erhabenen zum Lächerlichen.

Vor einem deutschen Schwur- oder, wie es neuerdings heißt, Großen Schöffengericht steht wieder einmal ein junger Mensch, angeklagt des schwersten Verbrechens, das es unter uns Erdenkindern gibt, des Mordes — und gar des Mordes an einem gleichaltrigen Jugendfreund, der in einer dunklen Märznacht, zwischen Wirtsstube und Elternhaus, jählings hingeschlachtet wurde. Mühselige Kriminalistenarbeit ist Monate hindurch aufgewendet worden, um die Schuldfrage zu klären, und ob es jetzt gelingen wird, im vollen Lichte der öffentlichen Gerichtsverhandlung hinter die Geheimnisse dieser furchtbaren Tat zu kommen, ist noch sehr die Frage. Der kaum den Knabenschuhen entwachsene Angeklagte spielt um seinen Kopf, den er heute noch sehr hoch trägt, mit der Gewandtheit eines vielerfahrenen Verteidigers, und es hat unleugbar seine Reize, diesen Kampf um Tod und Leben zu verfolgen, der zugleich einen ungewöhnlich tiefen Einblick gewährt in das Schüler- und das Seelenleben der Jugend von heute. Die unterscheidet sich nachgerade in allen Beziehungen von der ihr vorausgegangenen Generation; offenbar auch in dem Punkt, daß sie den Wert des Einzellebens heute bei weitem nicht mehr so hoch veranschlagt, wie das zu unserer Zeit der Fall war. Jeder Blick in die Zeitung kann uns schon davon überzeugen, daß junge Menschen ihr Leben wegwerfen, als wüßten sie gar nichts mehr mit diesem Gut anzufangen; aber auch davon, mit welcher unerhörten Leichtfertigkeit junges Menschenblut heutzutage von Fremder und in mehr und mehr sich häufenden Fällen sogar von blutsverwandter Hand zerstört wird.

*

Um so interessanter ist die Tatsache, daß jetzt ein neuer Kampf der Parteien um die Todesstrafe entbrannt ist. In Italien ist sie zwar, einmal abgeschafft, durch Mussolini wieder eingeführt worden, und erst vor wenigen Tagen ist ein Gegner des Faschismus' vom zuständigen Gericht zum Tode verurteilt und nach Kriegsrecht binnen 24 Stunden erschossen worden. In Deutschland würde sich gewiß kaum wieder ein Gesetzgeber bereit finden, den Schritt nach rückwärts zu tun, wenn erst eine Mehrheit des Reichstags und des Reichsrats sich für die Beseitigung der Todesstrafe zusammengefunden hätte. Man weiß, daß schon vor sechzig Jahren ein Bismarck das ganze Gewicht seines Namens in die Wagschale werfen mußte, um beim damaligen Reichstag die Beibehaltung der Todesstrafe durchzusehen. Die Abneigung gegen sie ist sicher immer stärker geworden, und wenn etwa heute eine Volksabstimmung über diese eine Frage unserer endlich dem Abschluß entgegengehenden Strafrechtsreform veranstaltet werden könnte, würde die Todesstrafe in das neue, ja auch zugleich für Österreich zu schaffende Gesetzbuch kaum Aufnahme finden.

Allerdings will es nicht gelingen, bei einem großen Teil des Volkes alle Bedenken aus dem Wege zu räumen, die einer ausnahmslosen Aufhebung der Todesstrafe auch jetzt noch im Wege stehen. Der demokratische Reichsjustizminister wie der volksparteiliche Vorsitzende des Rechtsausschusses, dessen humane Gesinnung außer jedem Zweifel steht, wollen auch gewisse Ausnahmefälle vorbehalten, in denen nach ihrer Überzeugung der Staat berechtigt bleiben muß, unschuldiges Menschenblut, von Frevlerhand vergossen, abermals mit Menschenblut zu vergelten. Wie der Kampf schließlich ausgehen wird, ist heute noch nicht abzusehen.

*

Wie ein Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen mutet es an, wenn man seinen Blick von deutschen Schwurgerichten den Dingen zuwendet, mit denen sich die immer noch im besetzten Gebiet ihr Unwesen treibenden französischen Kriegsgerichte zu beschäftigen haben. Da hat ein Bürgermeister bei einer vaterländischen Feier das Deutschlandlied spielen lassen, was unbedingt mit einer Geldstrafe von hundert Mark geahndet werden muß. Und in einem anderen Falle hat ein junger Bauernbursche die Hälfte dieser Summe verwirkt, weil er sich bei einem Kirchweihfest, dessen Teilnehmer sich historische Kostüme anlegen sollten, um so den Umzug durch das Dorf etwas eindrucksvoller zu gestalten, mit der Einjährigenuniform seines Vaters, also einem Gewand von nahezu ehrwürdigem Alter, geschmückt hatte. Nicht einmal die Furcht, sich vor der ganzen Welt lächerlich zu machen, kann diese sogenannten Gerichte vor der Versuchung zurückschrecken, ihr Mütchen an deutschen Jungen und Mädeln zu kühlen, wo immer sich eine Gelegenheit dazu bietet. Sie sollen es nur so weitertreiben. Je länger unserer deutschen Grenzbevölkerung das innerste Wesen der Franzosen auf diese Weise immer wieder vor Augen geführt wird, desto gründlicher wird sie vor der Genfer Gefahr bewahrt bleiben, falschen Vorstellungen von französischer Kultur und französischer Gerechtigkeit anheimzufallen. Das ist auch eine „Wacht am Rhein", auf die wir uns schon verlassen können.

Dr. Sy.

Die Rückkehr des Graf Zeppelin.

Berlin, 19. Oktober. Von maßgebender Stelle wird bekannt, daß nach den von Dr. Eckener vor seiner Abreise getroffenen Dispositionen die Rückkehr des Luftschiffes direkt nach Friedrichshafen erfolgen wird. Eine vorhergehende Zwischenlandung in Staaken bei Berlin kommt aus den verschiedensten Gründen nicht in Frage. Bis zum 28. Oktober wird zwar in Staaken der Ankermast, mit dessen Montage Anfang nächster Woche begonnen wird, fertig gestellt sein, doch hält man es in Friedrichshafen für ausgeschlossen, daß Dr. Eckener das Schiff nach einer so langen Reise auch nur für ein oder zwei Tage an den Ankermast legen würde, weil auf diese Weise die ermüdete Besatzung nicht zur Ruhe käme. Bei der Verankerung des Luftschiffes müßte nämlich immer ein Drittel der Besatzung an Bord bleiben, damit bei dem Eintreten eines plötzlichen Unwetters das Schiff schnell aufsteigen könnte, um einer Beschädigung am Boden zu entgehen. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß der „Graf Zeppelin" erst nach endgültiger Ueberholung und Auffüllung der Trag- und Brennzellen zum Besuch nach Berlin an den Staakener Ankermast kommen wird, um der Bevölkerung der Reichshauptstadt Gelegenheit zu geben, das Luftschiff aus nächster Nähe zu besichtigen. Wo nach der Rückkehr aus Amerika der offizielle Empfang für Dr. Eckener und seine Besatzung stattfinden soll, in Berlin oder in Friedrichshafen, steht noch nicht fest. Sicher ist dagegen, daß die Stadt Berlin den Zeppelin-Leuten eine festliche Begrüßung bereiten wird.

Wird der Dawesplan geändert?

Räumungs- und Reparationskonferenz

Poincarés Zustimmung.

Die Anwesenheit des Reparationsagenten Parker Gilbert in London und seine dortigen Besprechungen haben selbstverständlich die Gerüchte über den baldigen Zusammentritt einer Konferenz zur Abänderung des auf Deutschland mit gesteigerter Stärke lastenden Dawes-Plans verdichtet. So wird aus Washington, allerdings nicht offiziell, gemeldet, dem Generalagenten für Reparationen sei es nach erheblichen Schwierigkeiten gelungen, in London den Schatzkanzler Churchill zu dem Versprechen zu bewegen, daß England die kommende Dawes-Plan-Konferenz nicht durch abweisende Haltung behindern werde. Parker Gilbert lege Wert darauf, daß diese Konferenz zwischen dem 10. November und dem Monat März abgehalten werde, also nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen und vor den britischen Parlamentswahlen.

Die Londoner „Times" schreiben: „Die Hauptfrage ist, ob es angebracht ist, die Festsetzung der deutschen Reparationssumme im gegenwärtigen Augenblick zu erörtern. Parker Gilbert glaubt es und Poincaré, viele deutsche Staatsmänner und eine große Anzahl einflußreicher Amerikaner teilen seine Auffassung." Die jetzt eröffneten Besprechungen, führt das Blatt fort, hätten zum Ziel, die der deutschen Souveränität auferlegten Einschränkungen abzubauen. In der Frage der Ernennung des in Aussicht genommenen Sachverständigenausschusses seien bereits gute Vorarbeiten geleistet worden, u. a. habe Baldwin während seiner Rückreise von Aix-les-Bains in Paris wichtige Unterredungen mit Poincaré und Parker Gilbert gehabt. Inzwischen sei noch eine diplomatische Frage zu regeln, nämlich, welche Regierung die Initiative ergreifen und offiziell die Bildung des Sachverständigenausschusses, eingeschlossen deutsche Vertreter, beantragen soll.

Parker Gilbert in Paris.

Parker Gilbert ist von London in Paris eingetroffen. Er wird dann zunächst nach Rom und danach nach Brüssel weiterreisen, um seine Besprechungen über die Revision des Dawes-Planes und die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationsschuld fortzusetzen.

„New York Times" veröffentlicht an hervorragender Stelle ein Telegramm, in dem behauptet wird, daß zwischen dem Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, Premierminister Baldwin und Schatzkanzler Churchill eine Verständigung über die Bildung einer neuen Dawes-Kommission zustande gekommen sei, deren Aufgabe es sein soll, die Reparationssumme endgültig festzulegen.

Gleichzeitig berichtet das Blatt aus Paris, es gelte als wahrscheinlich, daß selbst ohne die Mitwirkung Amerikas die deutschen Jahreszahlungen auf zwei Milliarden Mark herabgesetzt werden könnten. Falls jedoch Amerika einen ausreichenden Betrag an deutschen Obligationen unterbringen könnte, werde man auf eine entsprechende Erleichterung rechnen können.

Der englische Schatzkanzler Winston Churchill ist ebenfalls unerwartet in Paris eingetroffen. Er hatte gemeinsam mit dem Generalagenten für die Reparationszahlungen Parker Gilbert eine Unterredung mit Ministerpräsident Poincaré über die Zusammensetzung der Finanzsachverständigenkommission, deren Bildung in Genf beschlossen worden ist. Winston Churchill reiste wieder nach London zurück. Der Meinungsaustausch in dieser Frage wird in den nächsten Tagen zwischen sämtlichen interessierten Regierungen fortgeführt werden.

Offizielle Mitteilung an Deutschland.

Berlin, 19. Oktober. Wie wir zur Unterredung Churchills und Parker Gilberts mit Ministerpräsident Poincaré aus bestunterrichteter Quelle erfahren, ist der Besuch der deutschen Regierung offiziell mitgeteilt worden. Er wird in Berliner Regierungskreisen als ein Fortschritt (?) angesehen.

Die Endsumme der Reparationen.

Berlin, 19. Oktober. Die beiden letzten Berichte des Reparationsagenten Parker Gilbert enthielten bekanntlich bereits die Forderung nach einer endgültigen Festsetzung der deutschen Reparationsleistungen. Wie der Jungdeutsche heute mitzuteilen weiß, wird auch der Jahresbericht des Reparationsagenten, der wie alljährlich im Dezember der Oeffentlichkeit wenigstens teilweise zugänglich sein wird, einen nochmaligen besonders energischen Hinweis darauf enthalten, daß die Endsumme der deutschen Reparationsverpflichtungen endgültig festgesetzt werden muß, und zwar unter Herabsetzung der bisher halbamtlich bekannten Forderungen der Reparationsgläubiger. Ein genauer Vorschlag, wie die Reparationsfrage zu regeln sei, dürfte in dem Jahresberichte aber nicht enthalten sein, da Parker Gilbert sich zu einem solchen Vorschlag nicht für befugt halte.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen unterbrochen.

Verhandlungen zurzeit zwecklos.

Über die in den Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen eingetretene Pause wird amtlich mitgeteilt, daß der nach Berlin zurückgekehrte deutsche Vertreter Dr. Hermes dem Reichskabinett Bericht über seine letzten Warschauer Besprechungen erstattete. Da trotz deutschen Entgegenkommens von polnischer Seite, namentlich in der Zolltarifkommission, keinerlei nennenswerte Zugeständnisse gemacht worden sind, ist der polnischen Erklärung, die Weiterarbeit der Kommission hätte gegenwärtig keinen Zweck, Rechnung getragen worden. Die deutschen Mitglieder der in Warschau tagenden Zolltarifkommission kehren deshalb zunächst nach Berlin zurück. Inzwischen wird das Reichskabinett zur jetzigen Lage im einzelnen Stellung nehmen. Dann werden voraussichtlich zunächst die beiden Delegationsführer die Besprechungen fortsetzen.

Inzwischen hat die deutsche Gesamtdelegation in Warschau bereits Weisung erhalten, nach Berlin zurückzukehren. Es ist übrigens ausdrücklich betont worden, daß dieser Schritt von deutscher Seite nicht als ein Abbruch, sondern nur als eine Aussetzung der Verhandlungen angesehen wird, damit die strittigen Fragen zunächst weiter geklärt werden können. Das Reichskabinett wird weitere Beratungen pflegen und es wird hauptsächlich von den Polen abhängen, wann sachlich weitergearbeitet werden kann.

Deutschlands Entgegenkommen.

Wenn von polnischer Seite es so dargestellt wird, als liege die Schuld an den Schwierigkeiten bei Deutschland, so muß entschieden unterstrichen werden, daß die Reichsregierung den Polen noch immer bis zum äußersten entgegengekommen ist, während dafür auf der anderen Seite nicht die geringste Gegenleistung verzeichnet werden kann.

Die Grundlage der bisherigen Verhandlungen war das Berliner Stresemann-Jackowski-Abkommen, in dem das Reich den Polen ein Jahreskontingent von 200 000 Doppelzentner Schweinefleisch für Wurstfabriken und ein Monatskontingent von 200 000 Tonnen Kohlen zugestanden hatte unter der Bedingung, daß entsprechende Gegenleistungen geboten würden. Um diese Gegenleistungen ist der Kampf während der ganzen Verhandlungen, die die Zwischenzeit ausfüllten, gegangen. Aber bis zuletzt ist nicht das geringste polnische Entgegenkommen zu verzeichnen gewesen, so daß es für die deutschen Unterhändler schließlich Überwindung kostete, den Schein solcher Verhandlungen überhaupt noch mitzumachen. Im Gegenteil

steigerten die Polen ihre Forderungen

im Laufe dieser Verhandlungen noch mehr. In einer Note vom 15. Oktober verlangte Warschau das Zugeständnis der unbeschränkten Einfuhr von zubereitetem Fleisch, ferner von jährlich 600 000 lebenden Schweinen sowie 50 000 Rindern und monatlich 500 000 Tonnen Kohle. Trotz erheblicher Bedenken hatte die deutsche Delegation sich bereit erklärt, über eine Erhöhung der Kontingente des Stresemann-Jackowski-Abkommens zu verhandeln, die Polen gingen aber schließlich so weit, überhaupt die

unbeschränkte Einfuhr zu verlangen,

indem sie mit Schlagworten von der Handelsfreiheit auf Grund der Genfer Beschlüsse operierten. Daß es sich dabei nur um ein Schlagwort handelt, erhellt am besten daraus, daß Deutschland als erstes Land bereit war, alle Einfuhrverbote aufzuheben und daß es aber nur deshalb das Ein-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF